

Kwasniewski, Klaus

Article — Digitized Version

Vermögen für wie viele?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kwasniewski, Klaus (1971) : Vermögen für wie viele?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 8, pp. 390-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134291>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Kwasniewski

Eine Gefahr für die bestehende Gesellschaftsordnung sieht die Bundesregierung in der gegenwärtigen Vermögensverteilung. Zu Recht! Denn die Nachricht ist alarmierend genug: 1,7% der privaten Haushalte besitzen mehr als 73,5% des Produktivvermögens. Das stellte Professor Siebke bei einer Fortschreibung der Ergebnisse des Krelle-Gutachtens auf das Jahr 1966 fest. Nach jenem Gutachten besaßen 1960 diese 1,7% „nur“ 70% des Produktivvermögens. Während der betrachteten sechs Jahre hat demnach in diesem wichtigen Vermögensbereich die Konzentration nicht ab-, sondern zugenommen – und das wohl trotz statistischer Probleme.

Gerade diese statistischen Mängel sind es aber, mit denen viele beruflichen Verfechter einer falsch verstandenen Marktwirtschaft diese Zahlen bagatellisieren und abwerten wollen. Zugegeben, ihre Ermittlung bereitet statistische Schwierigkeiten. Beispielsweise stehen bei dem über die Vermögensteuer statistisch erfaßten Betriebsvermögen, das zusammen mit den Kapitalbeteiligungen das Produktivvermögen bildet, die gewerblichen Grundstücke mit den zu niedrigen Einheitswerten von 1935 zu Buch. Nicht einzusehen ist aber, warum die inzwischen eingetretenen Wertsteigerungen weniger exakt ermittelt sein sollen als im Krelle-Gutachten vor drei Jahren, an dem Professor Siebke auch mitgearbeitet hat.

Ein Glück für diese Kritiker ist denn auch, daß wenigstens der Anteil dieser 1,7% der privaten Haushalte am Gesamtvermögen in den betrachteten sechs Jahren von 35 auf 31% gesunken ist. So bleibt doch das Alibi, daß die restlichen 98,3% der privaten Haushalte ihren Anteil am gesamten Vermögen verbessern konnten. Vermißt wird hierbei aber häufig der Hinweis, daß dieser Zuwachs beim Kontosparen und bei den festverzins-

lichen Wertpapieren stattfand, die beide inflationsgefährdet sind.

Absurd wird die Diskussion über die Vermögensverteilung aber, wenn in einigen Berechnungen sogar die gesetzliche Rentenversicherung und die Pensionsrückstellungen der Unternehmer mit einbezogen werden, um das traurige Bild aufzuhellern. Hier wird nicht mehr von ökonomischen Gegebenheiten, sondern von gesellschaftspolitischen Wert- und Wunschvorstellungen ausgegangen. Vermögen ist nämlich nicht so sehr Sicherheit in einer fernen Zukunft, sondern vor allem – als potentieller Freiheitsspielraum – Verfügungsmacht über gegenwärtige Produktionsfaktoren. Und keine Bank wird die zukünftigen Ansprüche eines Sozialrentenversicherten heute kapitalisieren.

Daher sollte die Bundesregierung bei ihren kommenden vermögenspolitischen Entscheidungen, die nach den Parlamentsferien zu erwarten sind, sich nicht nur auf Sparförderungsmaßnahmen und ähnliche Schritte beschränken. Um die unbefriedigende Vermögenssituation in der Bundesrepublik wirklich zu verbessern, muß bei der Verteilung und/oder Akkumulation des Produktivvermögens angesetzt werden, das sich in immer weniger Händen konzentriert. Als Ausweg aus diesem Vermögensdilemma bietet sich eine Regelung an, bei der die Arbeitnehmer derart an den Unternehmergewinnen beteiligt werden, daß Kosten, Erlöse und Verbrauchernachfrage nicht steigen. Wird diese Chance nicht wahrgenommen, so bleibt nur noch die Möglichkeit, über eine erweiterte Mitbestimmung die Arbeitnehmer, wenn schon nicht am Besitz, so aber doch an den Verfügungen über das Produktivvermögen stärker zu beteiligen. Die Zeichen der Zeit scheint die Bundesregierung verstanden zu haben. Ob sie aber imstande ist, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, bleibt abzuwarten.

Vermögen für wie viele?